

Sommersemester 2019

Hochschulzeitung

Ausgabe 26



In dieser Ausgabe:

»Betreuung an Hochschulen«

»Tarifvertrag für alle!«

»Koalitionsvereinbarung in Hessen«

Studierende – organisiert euch!

Studieren und Mitglied der GEW, einer Gewerkschaft sein, klingt irgendwie abwegig? Keineswegs. Die GEW bietet gewerkschaftlichen Rechtsschutz in studien- und prüfungsrelevanten Fragen, es gibt für dich eine Schlüsselversicherung, Berufshaftpflicht und vor allem eins: Einen schlagkräftigen Interessensverband für alle, die einen pädagogischen Beruf oder eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Bei uns hat das ehrenamtliche Engagement einen hohen Stellenwert. Wir sind demokratisch organisiert, ihr könnt aktiv mitbestimmen! Und das gefällt: Seit Jahren werden wir mehr. Um diesen Trend fortzusetzen und unsere Arbeit an den Hochschulen weiter zu verbessern, haben wir an den Hochschulen in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt neue Kolleg*innen eingestellt, die mit euch gemeinsam Gewerkschaftspolitik machen! Also organisiert euch! Eintreten, kämpfen und mitgestalten.

Eure Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort

Philip Schmid | Darmstadt

hochschule@gew-suedhessen.de

Heli Mahkonen | Frankfurt

studierende-ffm@gew-hessen.de

Ina Jendriczka | Gießen

studierende-jlu@gew-hessen.de

N.N. | Marburg

studierende-mr@gew-hessen.de

Nina Ulbrich | Kassel und Fulda

nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

Landesweite Koordination der Hochschularbeit

Tanja Kamp und Tobias Cepok,

Referent*innen für Jugendbildung, Hochschule und Forschung

Tel. 069–971293 - 38/26

E-Mail tcepok@gew-hessen.de

www.gew-hessen.de/bildung/hochschule-und-forschung

Nina Ulbrich, Referentin für Hochschule und Forschung
im Bezirk Nordhessen

Tel. 0561–771783 | Mobil 0175–7588102

E-Mail nina.ulbrich@gew-nordhessen.de

www.gew-nordhessen.de/hochschule

Seebrücke

Ist deine Stadt ein sicherer Hafen?

Bisher haben die Kommunen Wiesbaden, Kassel und Marburg in ihren Stadtverordnetenversammlungen mehrheitlich ihre Stadt zu einem „sicheren Hafen“ erklärt. Damit positionieren sich Städte gegen die Abschottungspolitik der EU und für eine sichere und menschenwürdige Ankunft von Geflüchteten. Darüber hinaus gibt es Lokalgruppen in Darmstadt, Gießen, Schwalmstadt, Seligenstadt und Wetzlar. Die aktuellste Aktion ist eine Demonstration der Gießener Seebrücke am 7. Juni, um 17 Uhr auf dem Kirchenplatz in Gießen.

Besonders in der Debatte ist das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, mit dem die Bundesregierung einige Verschärfungen durchsetzen will:

- **Inhaftierung von Geflüchteten:** Geflüchtete sollen zum Zweck der Abschiebung in regulären Gefängnissen inhaftiert werden, wenn sie nicht stark genug bei ihrer eigenen Abschiebung mitwirken.
- **Entrechtung:** Einführung eines neuen, niedrigeren Rechtsstatus („Ausreiseaufforderung“) für viele Geflüchtete, unterhalb der momentan praktizierten „Duldung“.
- **Kriminalisierung von Solidarität:** Die Behinderung einer geplanten Abschiebung, womit bereits die

öffentliche Bekanntmachung eines Abschiebetermins gemeint sein kann, soll mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

- **Verschärfungen und Verbote:** Duzende weitere repressive Maßnahmen, etwa bei Wohnsitzauflagen, Residenzpflicht und Meldeauflagen, neue Arbeitsverbote und beispielsweise die Erschwerung der Geltendmachung von Abschiebehindernissen wegen Krankheit.

Liza von der Seebrücke hat eine Petition gestartet, um das Gesetz zu verhindern:

www.change.org/p/kein-geordnetes-rückkehr-gesetz-sondern-seehofs-rücktritt

Mehr Informationen rund um die Aktivitäten der Seebrücke findet ihr übersichtlich auf der Website:

www.seebruecke.org





Foto: Miguel Henriques

Betreuung an Hessens Hochschulen **Schlechteste Relation der Bundesrepublik**

An hessischen Universitäten kamen 2017 auf einen Lehrenden 23,6 Studierende, an Fachhochschulen 35,6. Dem gegenüber steht im bundesweiten Durchschnitt eine Betreuungsrelation von 16,9 an Universitäten und 25,9 an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Nur in Nord-Rhein-Westfalen sind die Betreuungsrelationen schlechter. Die Angaben des statistischen Bundesamtes bestätigen: Die Betreuungsrelationen, d.h. wieviele Studierende rechnerisch von einem Lehrenden be-

treut werden, verschlechterten sich in den letzten Jahren an Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften schrittweise und lagen genau vor zwölf Jahren letztmalig über dem bundesweiten Durchschnitt. Die Folgen sind bekannt: Übervolle Seminare, keine Übernahme von Prüfungen und Abschlussarbeiten durch fest angestelltes Personal, bei dem auch studiert wurde und keine Zeit für die Beschäftigten sich angemessen und individuell um Studierende zu kümmern. Insgesamt ist die

Betreuung im Studium und damit ein wichtiger Bestandteil der Qualität der Hochschullehre akut gefährdet.

Im derzeitigen Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU haben die Regierungsparteien das Ziel formuliert, an hessischen Hochschulen bis zum Jahr 2025 die Betreuungsrelationen aus dem Jahr 2005 wiederherzustellen.

Für dieses ambitionierte Ziel bräuchten Universitäten und Fachhochschulen bis 2025 nach unseren Berechnungen rund 3700 zusätzliche Vollzeitstellen. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Anzahl der Profes-

suren an hessischen Hochschulen trotz kontinuierlich ansteigender Studierendenzahlen 2017 sogar rückläufig war. Ob es sich hierbei um eine Ausnahme oder einen Trend handelt, bleibt abzuwarten, da die Erhebungen des statistischen Landesamtes Hessen für das Jahr 2018 zum Redaktionsschluss noch nicht vorlagen.

Offensichtlich ist, dass die von der Landesregierung im Koalitionsvertrag veranschlagten 300 W-Stellen lediglich ein erster Schritt sind. Denn, um Qualitätsverluste in der Lehre zu vermeiden, ist eine deutliche Aufstockung von unbefristet beschäftigtem Personal in der Lehre dringend notwendig.

Tarifvertrag

„Für alle, sonst gibt's Krawalle“

Anlässlich der stockenden Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen waren die nach Tarifvertrag Hessen (TV-H) Beschäftigten und Hilfskräfte der Uni Kassel am 26. Februar 2019 zu einem vierstündigen Warnstreik aufgerufen. 9.30 Uhr trafen sich Aktive der GEW und von [ver.di](#) am Rande des Campus der Universität Kassel, um gemeinsam mit einigen Initiativen eine Aktion am Campus zu organisieren. Eifrig wurden Infomaterialien ausgelegt, Plakate aufgehängt und Tee und Kaffee gekocht. Bereits kurz vor 10 Uhr trafen die ersten Interessierten zum gemeinsamen Hilfskräfte-Infofrühstück und zur Streik-erfassung ein.

Bei der Organisation des Infofrühstücks war auch die Hilfskraftinitiative beteiligt, die sich im Sommersemester 2017/2018 anlässlich einer Veranstaltung des AstA Kassel und der GEW zur prekären Situation der Hilfskräfte gründete und sich seitdem für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte einsetzt. Zudem überbrachte die Initiative „Uni Kassel Unbefristet“ den Hilfskräften ihre solidarischen Grüße. „Uni Kassel Unbefristet“ ist seit Februar 2017 aktiv und setzt sich schwerpunktmäßig für die Entfristung von wissenschaftlichen, pädagogischen, künstlerischen sowie technisch-administrativen Beschäftigten an

der Uni Kassel ein. Ein Vertreter der Initiative betonte, dass auch gute Arbeitsbedingungen der Hilfskräfte wichtig für die anderen Beschäftigtengruppen und die Studierenden der Uni Kassel seien. Für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte – allein an der Universität Kassel sind es rund 2000 Beschäftigte – gibt es keine tarifvertraglichen Regelungen. Dies führt zu extremen Lohndifferenzen zwischen den hessischen Hochschulen und zur Ersetzung von tariflich gebundenen Verwaltungsstellen durch „billige Sachmittel“, zum Beispiel im IT-Service. In beiden Initiativen sind Mitglieder der GEW und anderer Gewerkschaften aktiv. Nachdem während des Infofrühstücks

einige wichtige Informationen und Hintergründe zum Streikrecht sowie den Möglichkeiten und der Arbeit von Gewerkschaften in lockerer Gesprächsatmosphäre ausgetauscht wurden, ging es 11.30 Uhr Richtung Campus. Dort fand auf dem Platz vor der Mensa eine Kundgebung, gefolgt von einem gemeinsamen Zug über den Campus statt. Trotz vorlesungsfreier Zeit und herrlichem Sonnenschein, beteiligten sich viele Beschäftigte und auch Studierende, was zeigt, dass die Anliegen der studentischen Beschäftigten ebenso wie das Thema Entfristung viele Menschen umtreiben. Zwischen den GEW- und ver.di-Fahne und Schildern war auch das Transparent der Hilfskraftini-

tiative, mit dem Aufdruck „Hilfskräfte sind keine Sachmittel – Tarifvertrag für alle!“ gut zu sehen. Der Demozug hielt auch vor der Zentralverwaltung der Universität, um die Kernforderungen der Gewerkschaften und Initiativen lautstark zu verkünden.

Auch zum Warnstreik am 26. März gab es eine große Aktion in Kassel, dieses Mal zentral in der Innenstadt, unter Beteiligung aller TV-H verhandelnden DGB-Gewerkschaften. Die GEW sowie die Hilfskraftinitiative „Uni Kassel Unbefristet“ waren ebenfalls vertreten. Rund 1000 Beschäftigte beteiligten sich an der Demo. Auf der Abschlusskundgebung am Opernplatz berichtete Birgit Koch, Vorsitzende der GEW Hessen, von den Verhandlungen: „Das Innenministerium lehnt die Einbeziehung der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in die Verhandlungen ab. Dies ist eine Gruppe von vielen Tausend Beschäftigten an den Hochschulen. Ihr Gehalt muss endlich auch tariflich geregelt werden. Es ist ein Skandal, dass jede einzelne Hochschule in Hessen nach Gutsherrenart festlegt, wie die Bezahlung und wie die Arbeitsbedingungen sind! Das ist im Moment der Fall. Und hier müssen wir noch dicke Bretter bohren.“

Uni Kassel unbefristet:
www.unikasselunbefristet.com



Tarifergebnis

Lohnerhöhung in drei Schritten

Bereits am 29. März 2019 haben sich GEW, [ver.di](#) und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Land Hessen in Dietzenbach auf höhere Einkommen für die rund 45.000 Tarifbeschäftigten des Landes geeinigt. Die Einkommen der Beschäftigten werden in drei Schritten erhöht. Zum 1. März 2019 steigen die Entgelte im Gesamtvolumen um 3,2 Prozent, zum 1. Februar 2020 um weitere 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 um weitere 1,4 Prozent. Ab dem 1. Januar 2021 liegen die Entgelte damit durchschnittlich um 8 Prozent höher als im Februar 2019. Die Laufzeit der Regelung beträgt 33 Monate. Ab Oktober 2021 kann über die nächste Entgelterhöhung verhandelt werden.

Daniel Merbitz, Verhandlungsführer der GEW, erklärte dazu: „Die Verhandlungen waren zäh und schwierig, weil der Arbeitgeber unsere Forderung nach einem Mindestbetrag zunächst strikt ablehnte. Doch am frühen Morgen konnten wir uns schließlich auf eine Lösung einigen, die dem Abschluss mit den anderen Bundesländern nahezu entspricht. Dies hält dem Land auch weiterhin die Möglichkeit offen, ernsthaft über eine Rückkehr in die ‚Tarifgemeinschaft deutscher Länder‘ (TdL) zu verhandeln, wie es der Koalitionsvertrag verspricht.“ In der Tarifeinigung wurde schriftlich festgehalten,

dass die Einkommensverbesserungen mit dem entsprechenden Parlamentsvorbehalt „zeitgleich und systemgerecht“ im oben genannten Gesamtvolumen auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Sämtliche Stufen aller Besoldungsgruppen steigen zeitgleich zum Tarifbereich um je 3,2 Prozent in den Jahren 2019 und 2020 und um 1,4 Prozent im Jahr 2021.

Landesticket bis 31. Dezember 2021

Nach der Einigung zu den genannten Punkten erklärte das Land, das „Landesticket Hessen“, dessen Verlängerung nicht Bestandteil des gewerkschaftlichen Forderungskataloges gewesen war, bis Ende 2021 fortführen zu wollen. Allerdings muss das Einkommenssteuergesetz geändert werden, damit ab 2020 eine Pauschalversteuerung durch das Land in der bisherigen Form möglich bleibt.

Hochschulen

Bei den hochschulspezifischen Forderungen der Tarifrunde konnten die Gewerkschaften keinen Erfolg verbuchen. Das Land sperrt sich weiterhin gegen eine Lösung, das Befristungsunwesen an den Hochschulen wirksam einzudämmen. Der gewerkschaftliche Vorschlag dazu liegt seit vergangenem Herbst vor. Das Land hat im Zuge der Verhandlungen in Dietzenbach kein substantielles Angebot zu dieser Frage gemacht. Wir werden bei diesem Thema auch nach der Tarifrunde weiter politisch Druck machen. Auch die Aufnahme der studentischen Hilfskräfte in den Geltungsbereich des Tarifvertrags hat das Land strikt abgelehnt. Dazu sagte die Vorsitzende der GEW Hessen, Maike Wiedwald: „Damit ist diese Frage keinesfalls vom Tisch. Denn der Skandal bleibt weiterhin bestehen, dass für Tau-

schen Hilfskräfte in den Geltungsbereich des Tarifvertrags hat das Land strikt abgelehnt. Dazu sagte die Vorsitzende der GEW Hessen, Maike Wiedwald: „Damit ist diese Frage keinesfalls vom Tisch. Denn der Skandal bleibt weiterhin bestehen, dass für Tau-

sende Beschäftigte des Landes Hessen keine tarifvertraglichen Regelungen gelten.“

Aktuelle Infos zur Tarifrunde in Hessen unter www.gew-hessen.de/tarifbesoldung/tarifrunde-hessen-2019



Dr. Simone Claar,
Referat Hochschule und Forschung der GEW Hessen

Koalitionsvereinbarung in Hessen

Was ist zu Hochschulen geplant?

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen bietet klare Problemanalysen und verspricht einige Verbesserungen an Hochschulen, bleibt bei vielem aber unkonkret oder deutlich hinter den Forderungen der GEW zurück. Der Koalitionsvertrag will „neben den quantitativen Bedingungen von Studium und Lehre auch die qualitativen in den Blick [...] nehmen.“

Emanzipatorische Pädagogik? Kritische Wissenschaft? Flächendeckend weg vom Frontalunterricht an Hochschulen? Methodenvielfalt? Die Koalition hat da wohl eher kleine Schritte im Blick. So sollen mehr Möglichkeiten für ein Orientierungsstudium geschaffen werden, also der Wechsel im frühen Zeitpunkt des Studiums vereinfacht werden. Dies begrüßen wir als GEW ausdrücklich, schwierig in der Praxis, insbesondere für Bafög-Empfängerinnen und -empfänger, deren Anspruch gefährdet sein kann. Weiter sollen zur Orientierung freiwillige Online-Self-Assessments gefördert und flächendeckend kommen. Dies lehnen wir als GEW ab: Die helfen nichts, schrecken höchstens von der Aufnahme eines Studiums ab und kosten unnötig Geld. Die Befähigung für gute Lehre bei Berufungen soll eingeführt werden. Auch hier findet die GEW Hessen die Idee grundsätzlich gut, aber im Hochschulgesetz steht das als Voraussetzung bereits und wie

diese dann genau festgestellt wird, obliegt der jeweiligen Ordnung für Berufungen der einzelnen Hochschule. Wohl kaum wird in die Autonomie der Hochschulen deshalb eingegriffen werden, also bleibt die Frage wie die Lehre auch in der wissenschaftlichen Karriere weiter aufgewertet werden muss. Des Weiteren sollen hochschuldidaktische Fortbildungen für Mitarbeitende gefördert werden. Doch alle Hochschulen bieten bereits umfangreiche Programme zur Hochschuldidaktik an. Ein Weg wäre, dafür mehr Geld bereit zu stellen und Lehrende in der Lehre zeitlich zu entlasten, wenn sie sich fortbilden. Was genau sich die Koalition hier vorstellt, bleibt vage.

Für die Lehramtsausbildung soll das Praxissemester in den Regelbetrieb überführt werden, aber zu einem deutlich späteren Zeitpunkt im Studium bei gleichzeitiger Möglichkeit, sich früh im Studium über einen kurzen Zeitraum zu erproben. Im Grundsatz begrüßt die GEW diesen Ansatz ausdrücklich, eine zentrale Kritik von uns wurde hiermit aufgegriffen.

Die geplante Erhöhung der Grundfinanzierung um 4 Prozent pro Jahr im Rahmen des neuen Hessischen Hochschulpakts ist ein Schritt in die richtige Richtung, denn eine Abkehr von der Drittmittelabhängigkeit ist Voraussetzung für eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft. Die zusätzlichen Mittel, die dadurch ins Grundbudget der Hochschu-

len fließen, sollten allerdings verbindlich in die Schaffung unbefristeter bzw. die Entfristung bestehender Arbeitsverhältnisse investiert und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Die Forderung nach Dauerstellen für Daueraufgaben gehört seit Jahren zu den Kernforderungen der GEW (z. B. Templiner Manifest). Ebenso erfreulich ist die geplante Begrenzung von Kurzzeit- und Kettenbefristungen, allerdings fehlen bisher klare Ziele zur Entfristung und genaue Vorgaben, welche Aufgaben als Daueraufgaben anzusehen sind. Beispielsweise werden die so genannten Lehrkräfte für besondere Aufgaben mit keinem Wort erwähnt, obwohl sie es sind, die durch ihr hohes Deputat den Lehrbetrieb vieler Hochschulen am Laufen halten und dennoch in 45 Prozent der Fälle mit befristeten Verträgen abgespeist werden. Sie erledigen in aller Regel keine „besonderen“, sondern dauerhafte Aufgaben in der Lehre. Im geplanten „Kodex für gute Arbeit“ in der Wissenschaft sollten daher überprüfbare Ziele zur Entfristung und verbindliche Mindeststandards für befristete Beschäftigungsverhältnisse mit den Hochschulen vereinbart werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass der „Kodex für gute Arbeit“ nicht in Form einer einseitigen, freiwilligen Selbstverpflichtung der Arbeitgeber beschlossen wird, sondern als verbindliche Regelung, bei deren Vereinbarung und Überprüfung auch die Personalräte und Gewerkschaften eingebunden werden, damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Ein begrü-

ßenswerter Punkt im Koalitionsvertrag ist die vorgesehene Verbesserung der Arbeitsbedingungen der studentischen Hilfskräfte. Fraglich bleibt jedoch, was unter Regelungen „ähnlich zu Tarifverträgen“ zu verstehen ist. Die GEW Hessen fordert die Aufnahme der Hilfskräfte in den bestehenden Tarifvertrag. Generell steht den erfreulichen Formulierungen im Koalitionsvertrag die Frage gegenüber, ob, wann und wie sie umgesetzt werden. Der Satz, nach dem Dauerstellen für Daueraufgaben geschaffen werden sollen, findet sich beispielsweise bereits im vorherigen Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung. In den letzten fünf Jahren hat sich an den Befristungsquoten im Hochschulbereich allerdings kaum etwas geändert. Hier ist nun die neue, erstmalig grüne Wissenschaftsministerin gefragt!





Fridays for future Demo in Frankfurt

Fridays for Future

Ausgehend von Schülerinnen und Schülern demonstrieren jeden Freitag unzählige Menschen weltweit für eine stärkere Klima- und Umweltpolitik. So auch in Hessen. Es existieren 34 Ortsgruppen, an 16 Orten fanden und finden freitags Demonstrationen statt. Gruppen wie „Parents for future“ oder „Scientists for future“ unterstreichen den gesellschaftlichen Rückhalt der Forderungen. Auch wir begrüßen und unterstützen die Proteste der Schülerinnen und Schüler in Hessen und bitten unsere Kolleginnen und Kollegen an Schulen den Protestierenden wohlwollend zu begegnen. Doch das hessische Kultusministerium fährt einen anderen Kurs: Noch Anfang April sagte Kultusminister Alexander Lorz beim Besuch am Darmstädter Ludwig-Georgs-Gym-

nasium, dass er selbst auf die Freitagsdemos gehen würde, wenn er noch jung wäre, und gab sogar praktische Tipps: „Aber ich würde mir eine große Demonstration aussuchen, die einen großen politischen Effekt hätte, um ein Zeichen zu setzen.“ Er freue sich, dass die junge Generation heute so politisch aktiv sei.

Mittlerweile scheint diese ihm dann doch zu aktiv zu sein, denn keinen Monat später hört sich das in der Antwort auf eine FDP-Anfrage ganz anders an. „In bedenklicher Weise“, allein der Aufmerksamkeit willen, sieht er die Schulpflicht relativiert. Ordnungswidrigkeitsverfahren werden als Gegenmittel empfohlen, die Bußgelder nach sich ziehen können und selbst das Mittel des

Jugendarrests geistert durch die Presse. Auch für die GEW Hessen ist die Schulpflicht selbstverständlich ein hohes Gut – dennoch begrüßt sie nach wie vor das Engagement der Schülerinnen und Schüler für den Schutz des Klimas im Rahmen der Bewegung „Fridays for Future“. Die Diskussion über Sanktionen für Demonstrationen während der Unterrichtszeit soll offensichtlich vom eigentlichen Anliegen der Schülerinnen und Schüler ablenken.

Maike Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen, bekräftigt noch einmal: „Von den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen erwartet die GEW, dass die Anliegen der Schülerinnen und Schüler endlich ernsthaft aufgegriffen und in politische Maßnahmen umgesetzt werden.“

Und Tony C. Schwarz, stellvertretender Vorsitzender, ergänzt: „Würden die jungen Menschen, würden wir alle sehen, dass die Politik ernst- und glaubhaft die drängenden Klimaprobleme angeht, wären die Freitagsdemos schon bald nicht mehr nötig. Wenn effekthascherische Lippenbekenntnisse wie die von Herrn Lorz ein so rasches Verfallsdatum aufweisen, tragen sie nichts zur Lösung der Probleme, wohl aber zur zunehmenden Politik(er)verdrossenheit bei.“

Mehr Informationen über die weltweite Bewegung: www.fridaysforfuture.org

Die Übersicht in Deutschland: www.fridaysforfuture.de

Termine 2019

Landesweit

„Wie viel wollen wir arbeiten?“ | Diskussion

15. Juni, 10.30–16.30 Uhr

Sitzungssaal der GEW Hessen | Zimmerweg 12, Frankfurt

Offene Mitgliederversammlung der Jungen GEW/Studierenden in der GEW Hessen mit dem Schwerpunkt „Wie viel wollen wir arbeiten? Eine Diskussion über aktuelle Regelungen zur Arbeitszeit und deren Bedeutung für die GEW“ mit Joao Ernesto Guerreiro Maia de Oliveira, zuständig für Jugendpolitik bei der IG-Metall Frankfurt und Aaron Schneider von der 4-Stunden-Liga und aktiv im ver.di Bezirksjugendvorstand TK/IT.

„Was ist dies für 1 GEW?“ | Seminar

16. Oktober, 15 Uhr | Sitzungssaal der GEW Hessen | Zimmerweg 12, Frankfurt

„Was ist dies für 1 GEW?“ | Seminar für Neumitglieder und alle, die bei der Bildungsgewerkschaft mitmachen wollen.

Klausurtagung der Jungen GEW Hessen

13.–14. September in Frankfurt, Hoffmanns Höfe | Anmeldung erforderlich

Organizing-Workshop

19. Oktober

Aktive und Mitglieder gewinnen für eine offensive Gewerkschaftsarbeit

Anmeldung: anmeldung@lea-bildung.de

Noch mehr Bildungsangebote: www.lea-bildung.de

Frankfurt

Hilfskräftecafé Goethe-Universität Frankfurt

13. Juni, 16–21 Uhr | Random White House Westend

Informationsveranstaltung

18. Juni, 16 Uhr | H I Campus Bockenheim

„Was heißt für uns gute Betreuung in der Lehre?“ | GEW-Diskussion mit Lehrenden und Studierenden

Für angehende Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

26. Juni, 16 Uhr | G | SH 4.104 Campus Westend

Marburg

Versammlung des GEW Regionalverbandes Hochschule und Forschung

Mittelhessen 25. Juni, 18 Uhr | B-Turm der PhilFak (UMR), Raum 01B01

Schwerpunkt: Gute Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für gute Lehre!

Befristungs- und Betreuungsproblematik an den mittelhessischen Hochschulen

Kassel

100 Jahre Novemberrevolution in Kassel und Deutschland | Stadtrundgang

10. Juni und 21. Juni, jeweils 14 Uhr

Teilnahme über caroldavid.hoffmann@falken-hessen.de

„Von Räten zu Betriebsräten – Gewerkschaften in der Novemberrevolution 1918/19“ | mit Ralf Hoffrogge

17. Juni, 18 Uhr | DGB-Jugendclub

Freikorps, Konterrevolution und Nationalsozialismus | mit Bernhard Sauer

27. Juni, 18 Uhr | Universität, Campus Center, R1124

Termine aus Kassel gibt´s hier:

www.gew-nordhessen.de/hochschule/termine-hochschule

Weitere Termine gibt´s auf www.gew-hessen.de

Oder folge der GEW Hessen auf facebook

Eckpunkte Selbstverpflichtungen für Hilfskräfte an Universitäten

Inhalt/Hochschule	Universität Marburg	Universität Kassel
Ausschreibung	Pflicht universitätsweit	Je nach Fachbereich
Beschäftigungsumfang	Soll 30 bis 82 Stunden, für WHK i.d. Regel 82, Abweichung nur mit schriftlicher Begründung	Staffelung 20, 40, 60, 80 Stunden möglich, soll aber 40 Stunden nicht unterschreiten
Vertragslaufzeit im Rahmen der 6 möglichen Jahre nach WissZeitVG	Mindestlaufzeit soll 6 Monate, WHK 12 Monate	Mindestlaufzeit 6 Monate
Urlaub	Bundesurlaubsgesetz, pauschalisierter Urlaub	Bundesurlaubsgesetz
Krankmeldung	Attest ab dem 4. Krankheitstag	Attest ab dem 3. Tag
Dienstreisen	Grundsätzlich möglich	Grundsätzlich möglich
Bemerkenswertes	War die erste Hochschule mit eigener Regelung, Senat für den Abschluss eines landesweiten Tarifvertrags für Hilfskräfte	

Universität Gießen (nur Infoblatt)	Universität Frankfurt	TU-Darmstadt
Je nach Fachbereich	In der Regel universitätsweit	Alles ist möglich
Bis 82 alles	Soll 20 Std. nicht unter- und 80 Std. nicht überschreiten	Empfehlung von 20 bis 82 Std., Vor- und Nachbereitungszeiten sollen Berücksichtigung finden
Keine Regelung	Mindestlaufzeit soll 6 Monate, WHK 12 Monate	3 bis 6 Monate, Abweichungen möglich, soll 4 Jahre nicht überschreiten
BUrlG	Keine Erwähnung, BUrlG	BUrlG
Attest ab dem 4. Krankheitstag	Attest ab dem 4. Krankheitstag	Attest ab dem 4. Krankheitstag
Grundsätzlich möglich	Keine Erwähnung	
Nur ein Infoblatt über bestehende Regelungen	Überstunden können ausbezahlt werden, ausgestatteter Arbeitsplatz, Freiheit von Diskriminierung als Ziel, Ombudsmann	Internationale Studierende als HiWis ausdrücklich gewünscht, soll in englischer Sprache für Ausschreibungen, TU-eigene Weiterbildungen genutzt werden

Das verdienen Hilfskräfte an Hochschulen in Hessen

Wir haben aufgelistet, wo ihr als Hilfskraft wieviel verdient.

Anmerkung: Nicht inbegriffen ist gegebenenfalls die Zahlung von Weihnachtsgeld oder sonstigen Leistungen.

	Studentische Hilfskräfte	Studentische Hilfskräfte mit erstem Abschluss	Wissenschaftliche Hilfskräfte
	in Euro	in Euro	in Euro
Technische Universität Darmstadt	10,00 oder 11,75		15,25
Goethe-Universität Frankfurt	9,90	11,47	15,32
Justus-Liebig-Universität Gießen	9,45	11,03	14,70
Universität Kassel	9,45	11,02	14,70
Philipps-Universität Marburg	10,00	11,50	15,30
Hochschule für Musik und darstellende Kunst	8,93	10,50	13,33
Hochschule für Gestaltung	8,84		13,45
Hochschule Geisenheim	8,84	11,00	14,00
Hochschule Darmstadt	10,00		11,00
Frankfurt University of Applied Sciences	9,00		11,00
Hochschule Fulda	9,00	11,00	13,00
Technische Hochschule Mittelhessen	10,00	15,53 bis 17,90	
Hochschule Rhein-Main	11,60	14,00	19,00

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen
Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. 069 – 971293 - 0


Redaktion und Mitarbeit

Tanja Kamp, Benjamin Milz, Philipp Schmid, Tobias Cepok

Grafik & Satz: Joyce Abrahams

Druck: gruendrucken.de

Titelbild: Mika Baumeister

 **Ausgabe 26 | Juni 2019**